

## Der Pakt ist tot – lang lebe der Pakt

*Gastkommentar von Helmut Kramer*

6.5.2005

Von EU-Kommission und Zentralbanken pflichtgemäß intensiv gepflegt, lag der Stabilitäts- und Wachstumspakt seit Spätherbst 2004 im Wachkoma. Damals weigerten sich Deutschland und Frankreich – und mit ihnen die Mehrheit der Euro-Staaten – zu tun, wozu er sie verpflichtete. Freilich war die nicht mehr zu bemäntelnde Krise kein unvorhersehbarer Zwischenfall, sondern die Folge von angeborenen Fehlern. Der ökonomisch und politisch höchst fragwürdiger Kompromiss zwischen deutscher Ordnungsliebe und französischer Nonchalance war schon längere Zeit hindurch nur durch ständige Beschwörungen der „Höflinge“, wie sehr dem Euro dieses Gewand wohl anstehe, über die Runden zu bringen. Dass es just der Oberhöfling war – Romano Prodi verzeihe diesen Titel, ich verwende ihn um im Bild des Andersen-Märchens zu bleiben – dem es entfuhr, wie stupid der Pakt als Kleidung des Euro sei, war gewiss nicht korrekt. Aber wahr.

Ist ein Pakt, der die Budgetdisziplin der Staaten der Euro-Zone einer strengen Aufsicht und bestimmten Regeln unterzieht, notwendig? Ja, solange die Europäische Union zu gemeinsamer Budgetpolitik kaum in der Lage ist, jedenfalls. Zumindest auf etwas längere Sicht sind liederliche Budgetpolitik, Trittbrett-Fahren auf Kosten der Pflicht bewußteren Teilnehmer und politischer Populismus reale Gefahren.

Nun ist im heurigen März eine Reanimation des Paktes vollzogen worden. Auffällige Schwachstellen wurden behoben: der Pakt soll stärker antizyklisch wirken, bei guter Konjunktur müssen Überschüsse erzielt werden, die im Abschwung stimulierend eingesetzt werden könnten. Die neue Fassung des Pakts öffnet geringer verschuldeten Staaten Spielraum für temporär höhere Neuverschuldung. Investitionen, die ein höheres künftiges Wachstum auslösen können, sollen toleranter behandelt werden. Der Pakt neu wirkt darauf hin, längerfristige Verpflichtungen der Staatsfinanzen - auch über die schon begebenen Anleihen hinaus - in die Beurteilung einzubeziehen. All das im Einklang mit ökonomischer Logik, zugegeben.

Eine Neufassung des Pakts durfte gar nicht größere Ambitionen haben. Immerhin stützt sich auch der Verfassungsentwurf der EU explizit auf den politischen Kompromiss von Maastricht (1992) und verbietet exzessive Defizite (Neuverschuldung) und zu hohen Schuldenstand. Fundamentalere Reformen am Pakt hätten das Verfassungsprojekt noch mehr in Gefahr gebracht.

Die politischen Schwächen behebt die Reformfassung nicht. Nach wie vor sind sich die EU-Mitglieder über die Rolle des Staates in der Wirtschaft, über politische oder ökonomische Rahmenbedingungen, über eine Stärkung der Kontrolle der Paktdisziplin ziemlich uneins. Dahinter sind Trutzburgen der Ideologie und der Tradition zu erkennen. Die augenblickliche Koalition der Defizitsünder Deutschland und Frankreich ist oberflächlich: während in Frankreich letztlich alle politischen Lager am Primat der Politik über wirtschaftspolitische und monetäre Regelbindungen festhalten, sind in Deutschland Entpolitisierung der Währungspolitik und die Unterstützung der Budgetpolitik für diese nach wie vor herrschendes Dogma, auch unter der rot-grünem Regierung: und damit eine der Hauptursachen für das erbarmungswürdige Rudern des Finanzministers in der budgetären Trockensteppe.

Wer sich über die Stabilität des Euro Sorgen macht, muss sich offenbar nicht in erster Linie am jährlichen Staatsdefizit der Euroländer orientieren. Natürlich sind Situationen nicht ausgeschlossen, sondern sogar häufig, in denen diese auch an Hand angemessener ökonomischer Kriterien als „exzessiv“ beurteilt werden müssen. Offenbar haben sich aber viel größere Kapitalanleger als Sie und ich über das Drama des unseligen Paktes relativ wenig Sorgen gemacht, als die Agonie des Paktes offensichtlich wurde. Sonst wäre der Euro nicht gerade in diesem Moment gegen den Dollar scharf aufgewertet worden. Bedenken über die amerikanischen Staatsfinanzen überwogen und überwiegen offensichtlich den unguten Eindruck des europäischen Schauspiels.

Bedenken sind aber nach wie vor mindestens in zweierlei Hinsicht angebracht (mehr auszuführen verbietet mir der eingeräumte Platz): einerseits ist das Disziplinarverfahren gegen Paktsünder weiterhin unglaubwürdig, weil noch immer Ministerkollegen über Kollegen zu Gericht sitzen, die sich vielleicht ausrechnen, in Kürze selbst vom Richterstuhl auf die Anklagebank wechseln zu müssen. Und zweitens wird weiterhin dem jährlichen Defizit ein Rang beigemessen, der ihm verglichen mit den längerfristigen wirtschaftlichen und politischen Kräften, die auf die Staatsfinanzen wirken, nicht zukommt.

An eine Schweizer Tageszeitung schrieb unlängst ein besorgter Leser, wie gefährlich die Verharmlosung staatlicher Schuldenpolitik in der EU sei. Dies sei ein Grund, diesem Klub lieber nicht beizutreten. Die absichtliche Verharmlosung bestehe darin, dass das Ausmaß des Staatsdefizits und der Staatsschulden auf die Höhe des Brutto-Inlandsprodukts bezogen und damit relativiert werde. Die Rückzahlung der Schulden erfolge ja nicht aus dem BIP, sondern aus den Steuereinnahmen des Staates. Die machen im Durchschnitt der EU derzeit rund 26 Prozent des BIP aus. Demnach sei die relevante Schuldenquote nicht 65 Prozent des BIP, sondern 250 Prozent der zur Tilgung theoretisch verwendbaren Einnahmen (in Italien und Griechenland über 400 Prozent). So gesehen hat der Eidgenosse zweifellos Recht. Dazu kommen noch die Ansprüche künftiger Generationen aus der Sozialversicherung, die irgendwie eingelöst werden müssen, ohne dass sie heute als Schulden des Staates verbucht werden.

Da könnte man tatsächlich an den Staatsbankrott denken, den der Schweizer heraufbeschwört. Ob der eine reale Gefahr ist, hängt sehr wenig vom jährlichen Defizit ab, sondern davon, ob es gelingt, der europäischen Wirtschaft wieder zu einem rascheren Wachstum zu verhelfen. Darüber ein anderes Mal.